

Dresdner Volkszeitung

Volksheftform: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufs- u. Abh.-Büro: Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringelohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonparelletze
30 Pf., die 90 mm breite Reflammetze 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeschäfte
40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 104

Dresden, Donnerstag den 6. Mai 1926

37. Jahrg.

Anschlag auf das Symbol der Republik

„Stolz weht die Flagge Schwarzweißrot...“

Der Wortlaut der neuen Flaggenverordnung

B. Berlin, 6. Mai. (Eig. Funkdruck.)

Das Unglaubliche ist zur Tatsache geworden. Gegen den Willen der republikanischen Parteien hat Reichspräsident Hindenburg am Mittwochabend die neue Flaggenverordnung unterzeichnet, deren Wortlaut bereits heute in Rechtsanwaltskreisen veröffentlicht worden und damit in Kraft treten soll. Amlich wird folgende Erklärung abgegeben:

„Durch eine heute vom Herrn Reichspräsidenten vollzogene Verordnung ist in Ergänzung der Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 bestimmt worden, daß die Gesandtschaften und konsularischen Behörden des Reiches an außereuropäischen Plätzen und an solchen europäisch-kontinentalen Plätzen, die von Seehandelschiffen angefahren werden, fernerhin neben der Dienstflagge der Reichsbehörden (Schwarzweißrot) auch die verfassungsmäßige Handelsflagge führen. Gleichzeitig ist die Flagge der Reichsbehörden zur See, um eine härtere Betonung der Reichsfarben zu erzielen, durch eine Schwarzweißrote Wölk nach Art der Handelsflagge ergänzt worden.“

Gleichzeitig steht sich die Reichsregierung zu einer Besichtigungserklärung bereit, in der sie sich zu der unerbittlichen Behauptung verweigert, die Verordnung habe keinerlei politische, sondern nur eine rein „praktische Bedeutung“. Herausfordernd kann keine Regierung die Farben der Republik durch das Schwarzweißrot der Monarchisten ersetzen. Abermals wiederholt die Regierung ihre unwahre Behauptung, daß die Verordnung einen „Ausgleich“ schaffen wolle, das die Farben Schwarzweißrot von den Auslandsdeutschen als „un-erträglich“ empfunden würden.

„Fort mit dieser Regierung!“

In der republikanischen Presse kommt die große Empörung über das Vorgehen der Reichsregierung ununterbrochen zum Ausdruck. Der Vorwärts schreibt:

„Die Reichsregierung hat keine Mehrheit im Parlament. Zwei Regierungsparteien, darunter die stärkste, verlassen für die Gefügigkeit. Diese Regierung ohne Mehrheit, verlassen von den eigenen Parteien, weist dem Volk die Provokation der Flaggenverordnung hin. ... Im Parlament, wo sie Rede und Antwort zu geben und ihre Mehrheit zu prüfen hat, erhält sie die eingehüllte Antwort. Sie lautet: Fort mit der Regierung der Schwarzweißroten Flaggenverordnung.“

Das Berliner Tageblatt bezeichnet das Vorgehen des Reichspräsidenten und des Reichsaußenministers als eine sehr bedauerliche Rücksichtslosigkeit gegenüber den Parteien, die dem Reichsbündel geholfen haben, seine auswärtige Politik durchzuführen, und um diese Politik nicht zu führen, vieles Schöne hingeworfen haben, was ihnen gründlich mißfiel.“

Die demokratische Berliner Volkszeitung schreibt:

„Das Ausland müßte verzweifeln auf ein Reich schauen, das sich zu den Farben seiner Gegenwart und Zukunft nicht zu bekennen mag. Vor allem aber müßte im In- und Ausland der Eindruck entstehen, daß mit dem Abbau der Reichsflaggen der Abbau der Republik Hand in Hand geht. Stief für Stief soll von dieser Republik abgebaut werden: so wollen es die schwarzweißen Todfeinde des sozialen Volksstaates, über dem das Freiheitsbanner Schwarzweißrot weht.“

Die Volksfreie Zeitung schreibt:

„Es ist höchst ungewöhnlich, in dieser Art eine so heftige Frage zu aufzuwerfen. In der Flaggenfrage hat sich seit der Präsidentschaftswahl des letzten Jahres eine Art Waffenstillstand herausgebildet. Soll der Status quo wirklich nicht mehr respektiert werden, so wäre es besser, die Frage in ihrer Gesamtheit zur Diskussion zu stellen.“

Im Berliner Forten-Quartier wendet sich der demokratische Reichstagsabgeordneter Freilich von Nischhofen gegen das Projekt. Er sagt:

„Nichts wäre gefährlicher, als glauben zu wollen, daß mit irgendwelchen kleinen Mitteln allmählich ein Stein nach dem anderen gelockert werden könnte, um das deutsche Volk, ohne eine wirkliche und klare Verfassungsänderung vorzunehmen, von der schwarzweißroten Wölk zurückzuführen. Ein solches Vorgehen würde im letzten Endes als Versuch mit untauglichen Mitteln herausstellen.“

Wer könnte, trotz allem, mit scheinbar harmloser Miene verführerischen Erklärungen und Beschwichtigungsworten der Reichsregierung, dieser Reichsregierung, die ein so hervorragendes Talent besitzt. Und endlich erfindenden Republikaner zu brüskieren, wer könnte daran zweifeln, daß diese heftige Flaggenverordnung in Wahrheit nur den mehr oder minder verdeckten monarchistischen Tendenzen in der Deutschen Volkspartei und in der Reichsregierung entspricht? Wenn die Chefs der Auslandsmissionen fest überzeugt wären, daß die Regierung jede Anregung, die Verfassungsbekanntmachung über die Reichsfarben zu durchbrechen, zurückzuführen hätte, so wären diese Anregungen niemals erfolgt. Sie waren nur möglich, weil die Befürworter von Schwarzweißrot auf die schwarzweißroten Unterführungen in der Regierung und in der Deutschen

Volkspartei anrechnen haben, weil sie wußten, daß das Bestreben des rechten Flügels der Regierung ist, den Anschlag an die Deutschnationalen niemals völlig zu verlieren.

Inzwischen hat die Reichsregierung, unbekümmert um den Einspruch zweier großer Regierungsparteien und der Sozialdemokraten, die Flaggenverordnung hinausgeschoben. Die Art, wie sie, auf den Einspruch von Demokraten und Zentrum hin, in der Verordnung selbst ein Kompromiß gesucht hat, fügt zur Provokation den Schorn. Die Verordnung soll nur für Uebersee und für die europäischen Ostentländer gelten. Damit wird die Repräsentation der deutschen Republik im Ausland zu einer kläglichen Komödie. Man stelle sich die Konsequenzen vor! Das Deutsche Reich zeigt in Moskau die schwarzweißrote goldene Flagge, in Leningrad (Sankt Petersburg) die schwarzweißrote Fahne, in Stockholm die schwarzweißroten und in Kopenhagen die schwarzweißroten Farben. Englands Hauptstadt ist Sankt Petersburg, Frankreichs Hauptstadt, ist nicht Sankt Petersburg, sondern die Farben des Deutschen Reiches Schwarzweißrot, in Frankreich Schwarzweißrot. Eine solche Kläglichkeit, eine solche Demonstration der Unmöglichkeit, der Zerissenheit und, es muß gesagt werden, der inneren Unehrlichkeit, wagt die Regierung Luther dem deutschen Volke zu bieten.

Aber noch ist nicht aller Tage Abend! Der Reichspräsident mag sich vor einem kommunistischen Miktroversumtum, das die Gegner der Reichsflagge von links am Donnerstag im Reichstag einbringen wollen, vielleicht nicht fürchten, weil er von rechts, da es gegen Schwarzweißrot geht, auf Zuzug wartet. Wenn er aber im Parlament von den republikanischen Parteien, und vor allem von der stärksten Partei des Reichstages, der Sozialdemokratie, durch die beschlossene Interpellation zur Rede gestellt wird, dann muß er sich entscheiden, ob er die Konsequenzen ziehen will, oder ob er, als Führer der schwarzweißroten Gegner der Republik, den Kampf gegen das Symbol der Republik auf sich zu nehmen beabsichtigt. Dann wird nicht mehr Zeit sein für Verlegenheitsausreden. Der Reichspräsident wird sich dann nicht mehr hinter der falschen Behauptung verstecken können, daß er und seine Regierung mit der Flaggenverordnung nur eine Absicht Friedrich Eberts durchzuführen, niemals hätte Ebert dem Ausland das klägliche Schauspiel geboten, das sich die Regierung jetzt geleistet hat.

Das Signal zu der großen bevorstehenden Auseinandersetzung ist von der Regierung selbst gegeben worden. Sie hat geglaubt, sich als Regierung gegen den Volkswillen entziehen zu sollen, ohne sich über die Konsequenzen ihres Verhaltens klar zu sein. Eine Regierung, die so handelt, hat unser Erachtens das Recht ver-

loren, länger die Geschäfte der Republik zu führen. Von diesem Gesichtspunkt aus dürfte die Sozialdemokratie den Kampf für die republikanischen Reichsfarben aufnehmen und, sei es im Parlament oder durch Reichstagsauflösung, auch durchführen!

Miktroversumtum der Sozialdemokraten

D. Berlin, 6. Mai.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat gestern, nach den ergebnislosen Verhandlungen mit der Regierung zu der Flaggenverordnung Stellung genommen und ihre Auffassung dahin niedergelegt, daß sie mit der Verordnung der Regierung nicht einverstanden ist. Die Reaktion beabsichtigt von sich aus nichts gegen die Regierung zu unternehmen, scheint aber entschlossen zu sein, für die Aufhebung der Verordnung zu kämpfen, wenn ein derartiger Antrag im Reichstag eingebracht wird. In diesem Falle würde sie vorher den Reichsminister des Innern Dr. Müller aus dem Amt zurückdrängen. Müller hat sich bei der Abstimmung in der Fraktion mit dem Abg. Sparrer der Stimme enthalten, während die übrigen demokratischen Abgeordneten der ablehnenden Auffassung der Fraktionsführer Dr. Koch ihre Zustimmung gaben.

Die demokratische Fraktion dürfte zu einer klaren Zielsetzung im Parlament Gelegenheit haben, nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Mittwochabend beschlossen hat, eine Interpellation einzubringen, in der die Regierung gefragt wird, aus welchen Gründen sie, trotz der ablehnenden Haltung der Regierungsparteien, die Flaggenverordnung in Kraft gesetzt hat. Es ist zu erwarten, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach Abschluß der Debatte über diese Interpellation ein Miktroversumtum gegen die Regierung einbringen wird.

Der Reichstag beginnt heute mit der dritten Lesung des Gesetzesentwurfes auf entschädigungslose Entziehung der Wärfen. Als Redner der Sozialdemokratie wird Genosse Scheidemann Gelegenheit nehmen, nicht nur die fälschliche Subjekt zu der Rot des Volkes in Bergisch zu stellen, sondern auch die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu der Flaggenverordnung der Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Ablehnende Haltung des Zentrums

D. Berlin, 6. Mai.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages befaßte sich gestern mit der letzten Abendstunde mit der Flaggenverordnung der Reichsregierung. Auch in dieser Sitzung wurden, insbesondere von den Arbeitervertretern des Zentrums, heftige Angriffe gegen das Kabinett gerichtet. Die überwältigende Mehrheit der Fraktion befaßte am Schluß der Sitzung nachmalig die am Tage vorher bereits eingebrachte ablehnende Haltung.

Berschärfung des Kampfes

Wirkung des englischen Generalfreits

S. London, 5. Mai. (Eig. Draht.)

Die Lage hat im Laufe des Mittwochs infolge einer Verschärfung erfahren, als jetzt mehr und mehr die Arbeiterparteien, die von dem Hauptquartier der Gewerkschaften als zweite Linie bezeichnet werden, in die Streikbewegung einbezogen werden. Es handelt sich hier um die Arbeitergruppen, die in die Generalfreistrike nicht einbezogen waren und die auch bisher keine Aufforderung zur Arbeitniederlegung erhalten haben.

Die Ursachen hierfür sind vorwiegend technischer Natur: das Verlegen der Kraftversorgung und die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Material. Auf der anderen Seite haben die Anstrengungen der Eisenbahnen und sonstiger Transportunternehmen, ihren Betrieb durch Streikbrecher aufzunehmen, in erhöhtem Maße eingeleitet. Diese Bemühungen waren jedoch von keinem Erfolg gekrönt. Schon am Mittwoch früh waren die Eisenbahnen gesperrt, den Ausfall einer Reihe geplanter Läufe anzufordern. Am Abend wurde auch von amtlicher Seite zugegeben, daß der Verkehr am Mittwoch praktisch stillgelegt. Auch die von verschiedenen Londoner Untergrundbahnen geplante Ausdehnung des Verkehrs war undurchführbar. Außer der Arbeitniederlegung der Transportunternehmen hat die Werkschließung der Regierung an Intensität zugenommen. In allen Großstädten entsandten Komitees, die den Streikkommissionen unterstellt sind, eine rege Aktivität. Ähnlich wird ein „bedeutender Erfolg“ dieser Werkschließung behauptet, jedoch werden keine Quantifizierungen der bisherigen Restrukturierung freiwilliger Arbeiter herausgegeben. Eine Teilziffer, wie z. B. die Angabe, daß im Londoner Zentrum bisher 12 000 Arbeitskräfte sich gemeldet haben, kann für die Streikkommissionen nicht als überzeugend bezeichnet werden.

Alles in allem genommen herrscht im ganzen Lande Ordnung. In einigen Orten ist es allerdings zu Ausschreitungen gekommen. In Nottingham wurde von Streikenden ein von Streikbrechern bedienter Omnibus umgeworfen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in Newcastle. Im Londoner Osten, mit seiner durch Armut und Arbeitslosigkeit radikalisierten Bevölkerung herrscht eine gewisse Unruhe. Hier haben eine Reihe Steinerer und ein großer Zusammenstoß im Bezirk Poplar stattgefunden. Das Eingreifen

der Polizei mit Stöcken hatte die Verwundung zahlreicher Personen zur Folge. Man wird jedoch gut tun, diese Vorfälle keineswegs als symptomatisch zu nehmen.

Argendwelche Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung sind bisher nicht eingetreten. In der Verteilung der Milch, um 8 Prozent, ist eine Erhöhung der Preise für Gemüse und Kartoffeln hinzugekommen sowie eine 100prozentige Steigerung der Preise für Fisch. Am Mittwoch hat zum ersten Male unter der Produktion eine gewisse Reizung zur Hamsterung von Lebensmitteln eingeleitet. Die Gewerkschaften, die bisher die Nachrichtenübermittlung an die Bevölkerung offiziell überlassen hatten, beantworteten am Mittwochabend die Herausgabe der British Gazette durch die Regierung mit der Veröffentlichung eines unter dem Namen British Worker (Arbeiter) erscheinenden offiziellen Streikbulletins, das nach Herbeibringung zahlreicher technischer Schwierigkeiten in der Druckerei des Daily Herald erscheint. Dieser Schritt hat sich als notwendig erwiesen, um dem Verfall der Regierung, den Streik als einen politischen Streik hinzustellen, entgegenzusetzen und auf den rein industriellen Charakter des Streiks hinzuweisen.

Internationale Hilfe

Erste Maßnahmen deutscher Gewerkschaften

Der englische Generalfreistrike wirkt wie ein elementares Ereignis im welthistorischen Ringen der Arbeiterklasse gegen das Kapital. Überall fühlt man, hier wird um die Grundfrage gekämpft, ob das Kapital die Arbeiterklasse in die Knechtungen eines schlecht verhaltenen Sklavensystems zurückstoßen darf oder ob die Arbeiter die Kosten der Krise und der wirtschaftlichen Zuckungen den Besitzenden zuzurechnen vermögen. Es ist ein Kampf hart auf hart. In diesem Ringen entscheidet die soziale Macht, die jede der beiden Klassen aufzubringen vermag. Deshalb wird der englische Generalfreistrike des Proletariats von der gesamten organisierten Arbeiterkraft der Welt mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgt. Auch der einfache Arbeiter ist sich heute über die Internationalität dieses Kampfes zwischen Kapital und Arbeit klar; er weiß, was auf

Sie freie Presse